

## Thailand siedelt gefährdete Flüchtlinge um

Die thailändischen Behörden haben am 23. August mit der Umsiedlung burmesischer Flüchtlinge aus dem direkt an der Grenze zu Burma gelegenen Flüchtlingslager Huay Ka Lok begonnen. Das Lager war in der Vergangenheit mehrfach das Ziel schwerer Übergriffe der Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) geworden, die auf Seiten der Militärregierung gegen die Karen National Union (KNU)

kämpft. Mit der Umsiedlung in ein Lager nahe des Dorfes Oumpium (Provinz Tak), das rund 12 km von der Grenze zu Burma entfernt liegt, soll den Flüchtlingen in Zukunft größerer Schutz vor Angriffen geboten werden. Im Rahmen der ersten Umsiedlungsaktion wurden 300 Menschen, die überwiegend der ethnischen Gruppe der Karen angehören, von Huay Ka Lok nach Oumpium gebracht. Insgesamt

sollen im Laufe des Septembers alle 8000 Bewohner des Camps in das neue Lager umziehen. Weitere Umsiedlungen aus den grenznahen Lagern Maw Ker und Nhunpho sind für die nächsten Monate geplant. Nach Abschluß der Aktion werden etwa 11.000 Menschen in neuen Unterkünften bei Oumpium leben.

vgl. *The Nation*, 24.8.1999

# nachrichten

## Aung San Suu Kyi übt scharfe Kritik an Touristen

In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP ging Friedensnobelpreisträgerin Daw Aung San Suu Kyi hart mit Touristen ins Gericht, die unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen Burma besuchen. »Natürlich gibt es einzelne Touristen, die wirklich interessiert sind und das Gespräch mit den Menschen suchen, um sich über die tatsächliche Lage im Land zu informieren«, so Daw Aung San Suu Kyi. »Aber die große Mehrheit will sich nur

amüsieren — gerade wenn sie wissentlich in ein diktatorisch regiertes Land wie Burma reist.« Daß der Tourismus die darniederliegende Wirtschaft Burmas nachhaltig ankurbeln könne, schloß sie aus. »Jeder seriöse Wirtschaftsexperte wird bestätigen, daß es keine gute Idee ist, die Wirtschaft eines Landes auf den Tourismus aufzubauen«, so Suu Kyi. Auch die sozialen Folgen des Fremdenverkehrs schätzte sie eher negativ ein.

vgl. *AFP*, 24.8.1999

## Tiefstand bei ausländischen Investitionen

Im Steuerjahr 1998/99 haben die ausländischen Investitionen in Burma mit 29,45 Millionen Dollar den tiefsten Stand seit fünf Jahren erreicht. Das geht aus jüngst veröffentlichten Zahlen der zentralen Statistikbehörde des Landes hervor. Danach gab es im genannten Zeitraum nur zehn Investitionsprojekte aus acht Ländern und Regionen. Konkret stammten die ausländischen Gelder aus Großbritannien, China, Hong Kong, Indien, Indonesien, Japan, Singapur und Thailand. Den höchsten Anteil machten mit 19,57 Millionen Dollar Investitionen in fünf Industrieprojekte aus. Fünf Millionen Dollar flossen in ein Fischereiprojekt, während 4,88 Millionen Dollar im Bereich des Bergbaus und der

Rohstoffgewinnung investiert wurden.

Im Steuerjahr 1996/97 hatten ausländische Investitionen mit einem Volumen von 2,814 Milliarden Dollar einen Höhepunkt erreicht. Seitdem sind sie stetig zurückgegangen. Deutlich machen sich die Auswirkungen der Asienkrise bemerkbar. Nach Angaben von Minister General Abel gingen die Direktinvestitionen aus ASEAN-Staaten seit Ausbruch der Krise um 70 Prozent zurück. Insgesamt flossen offiziellen Zahlen zufolge zwischen der Öffnung Burmas für ausländische Investitionen im Jahre 1988 und Ende April 1999 7,108 Milliarden Dollar aus 24 Ländern und Regionen in den südostasiatischen Staat.

vgl. *Xinhua*, 3.8.1999

## Kleinkind in Polizeigewahrsam

Als »jüngste politische Gefangene der Welt« bezeichnete amnesty international ein dreijähriges Mädchen, das Mitte Juli fünf Tage lang in einem burmesischen Gefängnis festgehalten wurde. Die kleine Thaint Wunna Khin war gemeinsam mit ihrer Mutter und achtzehn weiteren Personen in Pegu verhaftet worden, weil ihnen die Vorbereitung eines Protestmarsches vorgeworfen wurde. Federführend soll dabei

Thaint Wunna Khins Vater gewesen sein, der durch die Festnahme seiner Familie gezwungen werden sollte, sich den Behörden zu stellen. Nach internationalen Protesten wurde das kleine Mädchen schließlich freigelassen und lebt nun bei Verwandten. Ihre Mutter und die übrigen Inhaftierten befinden sich offenbar weiterhin in Militärgewahrsam.

vgl. *Reuters*, 26.7.1999; *BBC World Service*, 28.7.

## Reisebeschränkungen für Mönche

Spannungen zwischen Militär und Sangha haben Reisebeschränkungen für Mönche im Mandalay-Distrikt ausgelöst. Mönche müssen seit kurzem ihre Ausweispapiere bei den

lokalen Behörden hinterlegen und benötigen eine schriftliche Genehmigung, um den Distrikt verlassen zu dürfen.

vgl. *Burma Relief Centre, Japan*, 20.8.1999

## Christenverfolgung treibt Naga ins Exil

Mehr als 1000 christliche Angehörige der ethnischen Gruppe der Naga mußten nach Angaben kirchlicher Organisationen im August aus Burma nach Indien fliehen. »Sie mußten ihre Heimat verlassen, weil sie von buddhistischen Mönchen und Soldaten der burmesischen Armee mit Gewalt gezwungen werden sollten, zum Buddhismus zu konvertieren«, erklärte Reverend Zhabu Terhuja, Generalsekretär des indischen Nagaland Baptist Church Council gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Der

Großteil der Flüchtlinge stamme aus acht Dörfern im Sagaing-Bezirk in Nord-Burma, so der Kirchenvertreter. Bis vor wenigen Jahren hatten sie traditionelle Naturreligionen praktiziert und waren dann zum Christentum übergetreten. Offizielle burmesische Stellen bezeichneten die Berichte als »frei erfunden«. Sie seien Teil einer »schmutzigen Propagandakampagne«, die die Opposition gegen die Militärregierung führe.

vgl. *Bangkok Post*, 21.8.1999, *BBC World Service*, 25.8.1999

# nachrichten

## AOL entfernt Junta-Webpage

Der amerikanische Online-Dienst *America Online* (AOL) hat einen Link zur Webpage der burmesischen Militärregierung aus seinem *Asia Forum* entfernt. Das Unternehmen reagierte damit auf Protest von Menschenrechtsgruppen. Die Junta wirbt unter [www.myanmar.com](http://www.myanmar.com) für Burma als Reiseziel, verbreitet aber auch Propaganda.

vgl. AFP, 20.8.1999

## Dissidenten ausgezeichnet

Die neuseeländische Victoria Universität hat Daw Aung San Suu Kyi die Ehrendoktorwürde verliehen. Die Auszeichnung sei eine Anerkennung für ihren unermüdlichen Kampf gegen Unterdrückung und Willkür, hieß es in der Laudatio. Min Ko Naing, eine der herausragendsten Persönlichkeiten der Demokratiebewegung von 1988, erhielt den kanadischen *John Henfrey Freedom Award*. Neben der Würdigung seiner Leistungen wollte die *John Henfrey-Stiftung* auch Min Ko Naings Schicksal in Erinnerung rufen: Er befindet sich wegen seiner politischen Aktivitäten seit über zehn Jahren in Einzelhaft. Den *Hellman Hemmet Award* der amerikanischen Organisation *Human Rights Watch* erhielt in diesem Jahr Aung Htun, der sich als führendes Mitglied der *All Burma Federation of Students Unions* unter großen persönlichen Opfern für Demokratie und Menschenrechte in seinem Heimatland einsetzt.

vgl. AFP, 11.8.1999; ABSDF, 11.8.1999

## EU-Delegation zu Gesprächen in Burma

Anfang Juli reiste eine vierköpfige EU-Delegation bestehend aus je einem Vertreter Finnlands, Portugals, der EU-Kommission und des EU-Sekretariats nach Rangun, wo die Diplomaten unter anderem mit Daw Aung San Suu Kyi und General Khin Nyunt zusammentrafen. Ziel des Besuchs war es, Möglichkeiten für die Wiederaufnahme eines dauerhaften Dialogs zwischen Burma und der EU auszuloten. Nach ihrer Rückkehr äußerten sich die Delegationsmitglieder vorsichtig optimistisch. Allein die Tatsache, daß die Reise habe stattfinden können, sei schon ein Erfolg gewesen. Konkrete Gesprächsergebnisse wurden nicht bekanntgegeben. »Wunder« seien nicht zu erwarten. Ähnlich äußerte sich auch EU-

Ratspräsidentin Tarja Halonen nach einem Treffen mit Burmas Außenminister Win Aung Ende Juli in Singapur. »Wir wünschen uns einen gehaltvollen politischen Dialog mit Burma. Voraussetzung ist jedoch, daß die burmesische Regierung deutliche Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung des Landes herbeiführt. Als ersten Schritt würden wir die Anerkennung der Wahlergebnisse von 1990 und die Aufnahme eines politischen Dialoges mit der Opposition begrüßen«, erklärte Halonen. Die Beteiligung Burmas an einer ASEAN-Delegation, die in der EU bald um Investitionen werben will, lehnte sie ab.

vgl. AFP, 25.7.1999, Reuters 27.7.99, Kyodo, 27.7.99, Straits Times 28.7.99

## Regierung will

### Menschenrechtskommission

Mit der Ankündigung, eine Menschenrechtskommission ins Leben rufen zu wollen, versetzte die Militärregierung in Rangun im Juli Freund und Feind in Erstaunen. Bei der Umsetzung des Vorhabens wollen die Generäle die Hilfe der australischen Regierung in Anspruch nehmen, die die Einrichtung der Kommission auch angeregt hatte. Der Menschenrechtsbeauftragte der australischen Regierung, Chris Sidoti, führte Mitte Juli erste Gespräche mit Regierungsvertretern in Rangun. Das Vorgehen Australiens löste in den Reihen der demokratischen Opposition und der ethnischen Minderhei-

ten große Besorgnis aus. U Tin Oo, der stellvertretende Vorsitzende der NLD, bezeichnete die Initiative im Gespräch mit Sidoti als »gut gemeint, aber völlig unangebracht«. Auch international fanden die Pläne bislang wenig Zustimmung. Zu offensichtlich ist, daß eine Menschenrechtskommission unter den jetzigen politischen Rahmenbedingungen nur eine Alibifunktion für die Militärregierung hätte und keinesfalls unabhängig arbeiten könnte. Australien will das Vorhaben dennoch weiterverfolgen.

vgl. *South China Morning Post*, 2.8.; AAP, 5.8.; *The Nation*, 19.8.

## Mehr Touristen

Exakt 292.282 ausländische Touristen besuchten im Rechnungsjahr 1998/99 Burma — 27.160 mehr als im Jahr zuvor. Trotz des leichten Anstiegs blieben die Zahlen hinter den Erwartungen zurück. Die Mehrzahl der 523 Hotels des Landes mit ihren 14.714 Zimmern klagt über extreme Unterbelegung und finanzielle Probleme.

Ein Grund ist, daß die rund 172.000 ausländischen Gäste, die aus angrenzenden Ländern auf dem Landweg nach Burma kamen, oft nur einen Tagesausflug ins »Goldene Land« unternahmen. Im laufenden Rechnungsjahr will Burma 500.000 Touristen anziehen.

vgl. *Xinhua*, 3.8.1999

## NLD fordert Streitkräfte zur Kooperation auf

In einer Radiobotschaft zum elften Jahrestag des Massakers vom 8.8.1988 appellierten Daw Aung San Suu Kyi und der stellvertretende Vorsitzende der *National League for Democracy* (NLD), U Tin Oo, an die *Tatmadaw* (Armee), gemeinsam mit dem Volk für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzutreten. U Tin Oo, ein ehemaliger General, verwies auf seine Erfahrungen während des Unabhängigkeitskampfes und der ersten Jahre der Souveränität Burmas und warnte vor einer Verquickung von Militär und Politik: »Als die Armee in Übereinstimmung mit dem Kanney-Abkommen reformiert wurde, trennte General Aung San ganz klar Parteipolitik von militärischen Angelegenheiten und statuierte damit ein klassisches Exempel. Soldaten müssen sich von Parteipolitik fernhalten und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren.« Nachdrücklich unterstrich U Tin Oo die Vorzüge eines demokratischen Systems: »Aus meiner langjährigen Erfahrung heraus kann ich sagen, daß nur die Demokratie unserem Land Frieden und Freiheit beschere kann. Deshalb wünsche ich mir, daß die Armee sich erneuert und weiterentwickelt zu einer Streitmacht, die die Demokratie verteidigt und die Menschen respektiert.« Auch Daw Aung San Suu Kyi betonte in ihrer Rede, die über den in Oslo ansässigen Oppositionssender *Democratic Voice of Burma* ausgestrahlt wurde, daß Volk und Armee zusammenstehen müßten: »Die Väter der Unabhängigkeit haben unser Land als eine Demokratie konzipiert. Das Volk und die Armee haben gemeinsam für die Unabhängigkeit gekämpft. Nun müssen sie erneut Hand in Hand für die Demokratie arbeiten.« Es stehe außer Frage, daß eine vom Volk gewählte Regierung die Rolle der Streitkräfte und ihrer Angehörigen angemessen würdigen werde.

vgl. *Democratic Voice of Burma*, 8.8.1999